

Ansprache

**beim Gedenken der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944
am 20. Juli 2021 um 12:00 Uhr in der Gedenkstätte Plötzensee, Berlin,
anlässlich des 77. Jahrestages des 20. Juli 1944**

- Hubertus Heil, MdB, Bundesminister für Arbeit und Soziales -

Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesrates,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Präsident des Abgeordnetenhauses,
sehr geehrter Herr Generalinspekteur!

Stellvertretend für die Angehörigen der Widerstandskämpfer begrüße auch ich von der „Stiftung 20. Juli 1944“ Herrn Professor von Steinau-Steinrück und Herrn Dr. Smend, dem ich ganz ausdrücklich auch für seine Arbeit danken will und seiner Nachfolgerin alles Gute wünschen will!

Aber besonders begrüße ich natürlich auch diejenigen, die uns heute coronabedingt im Fernsehen und im Internet folgen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte, als der Staatsanwalt Fritz Bauer 1952 öffentlich für die Ehre der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 eintrat. Acht Jahre nach dem gescheiterten Umsturz schaute die deutsche Öffentlichkeit mit großer Spannung auf das Landgericht in Braunschweig. Denn hier wurde keine einfache Strafsache verhandelt, sondern nichts weniger als ein hochsensibles Kapitel deutscher Geschichte. Angeklagt war Otto Ernst Remer - ein Gefolgsmann Hitlers, der nach dem Krieg Mitbegründer einer rechtsextremistischen Partei war - übrigens der ersten Partei, die in den Fünfziger Jahren vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten wurde. Die Anklage lautete: Üble Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Diese Verstorbenen waren die Widerstandskämpfer des 20. Juli. Der Angeklagte, der als Wehrmachtsoffizier, als Major 1944 selbst zum Scheitern des Umsturzes beigetragen hatte, hatte sie später wiederholt als „Landesverräter“ diffamiert.

In seinem leidenschaftlichen Plädoyer für ihre Rehabilitation ließ Fritz Bauer keinen Raum für Missverständnisse: (Ich zitiere) „*Am 20. Juli (1944) war das deutsche Volk total verraten. Verraten von seiner Regierung. (...) Ein Unrechtsstaat, der täglich zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr.*“ (Zitat Ende). Es war eine Zäsur, denn Bauer ließ die Legitimität und auch die Legalität des Widerstandes durch ein Gericht feststellen und in diesem Zuge den NS-Staat als „Unrechtsstaat“ definieren. Und es war auch ein bewusster Tabubruch, denn Fritz Bauer war sehr klar: Die große Mehrheit der Deutschen hatte die Frauen und Männer des 20. Juli auch noch im Jahr 1952 nach wie vor eindeutig verortet - allerdings auf der vermeintlich falschen Seite der deutschen Geschichte. Der Widerwille gegen den Widerstand war enorm. Denn wenn, wie Bauer ausführte, „jedermann“ das Recht zum Widerstand hatte - warum hatten dann nur so wenige auch darin eine Pflicht erkannt? Warum hatten nur sie ihre Angst überwunden und auf ihr Gewissen gehört? Für die deutsche Nachkriegsgesellschaft waren diese impliziten Fragen rasend unbequem. Und für den deutschen Widerstand folgte dem Kampf gegen den Nationalsozialismus ein zweiter, ein ungleich längerer Kampf: Die erbitterte

Auseinandersetzung um die geschichtspolitische Deutungshoheit, um das kollektive Gedächtnis der deutschen Gesellschaft.

Auch heute, meine Damen und Herren, fast 70 Jahre nach dem Braunschweiger Prozess, ist diese Auseinandersetzung noch nicht vorbei. Immer wieder muss es uns erschüttern, wie schmerzvoll lange es dauerte, bis alle Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer die Anerkennung bekamen, die ihnen zusteht. Jahrzehntlang war das Gedenken an den Widerstand auch eine Frage des realpolitischen Kalküls und der ideologischen Opportunität - zumal im Kalten Krieg. Das galt für beide deutsche Staaten - freilich mit sehr unterschiedlichen politischen Schwerpunkten. So stand man in der DDR den Widerstandskämpfern des 20. Juli offiziell mit teilweise zynischer Distanz gegenüber. Stattdessen schob der SED-Staat den kommunistischen Widerstand gegen Hitler in den Vordergrund. In der alten Bundesrepublik wiederum musste - vielleicht gerade deshalb - insbesondere der Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung lange Ignoranz ertragen, ja sogar Diffamierungen - zumal wenn er aus dem Exil geleistet wurde. Das hat Willy Brandt beispielsweise erlebt. Dabei war es gerade der gewerkschaftliche und der Arbeiterwiderstand, der besonders früh und auch besonders brutal verfolgt wurde. Parteiische Geschichtspolitik aus der Zeit des Kalten Krieges hat allzu lange den Blick auf die politische und die gesellschaftliche Breite des Widerstandes verstellt. Heute gedenken wir ausdrücklich aller Menschen und allen Gruppierungen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben, mit Trauer, aber vor allen Dingen mit Respekt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein ganz besonderer Respekt gebührt dabei zweifellos dem Mut und dem Schicksal der vielen Frauen des Widerstandes. Die meisten von ihnen blieben jedoch nach dem Krieg lange unbeachtet. Oder sie wurden überstrahlt von einzelnen, besonders bekannten Persönlichkeiten des Widerstandes - wie etwa Sophie Scholl. Auch diese, auch alle Frauen des Widerstandes, verdienen unsere Aufmerksamkeit, unseren Respekt und unsere Anerkennung! Denn es waren Frauen, die an nahezu allen Formen des Widerstandes beteiligt waren. Sie entwarfen Flugblätter, sie verteilten oppositionelle Schriften. Sie bildeten Netzwerke, organisierten konspirative Treffen und versteckten Verfolgte. Sie arbeiteten mit an politischen Konzepten für ein Deutschland nach Hitler. Damit riskierten sie immer wieder die brutale Verfolgung des Regimes. Manche von ihnen überlebten die Rachsucht des Diktators in den Gefängnissen und Konzentrationslagern. Es waren diese Frauen - wie Annedore Leber, die vorhin erwähnt wurde - aus dem Kreis der Hinterbliebenen, die nach dem Krieg den Grundstein für die Erinnerung an den Widerstand legten.

Viele allerdings bezahlten ihren Mut mit dem Leben; auch hier in Plötzensee. Es waren Frauen wie Liane Berkowitz, eine junge Berlinerin, deren Eltern in den Zwanziger Jahren aus der damaligen Sowjetunion in die Weimarer Republik geflüchtet waren. Heute würden wir von einer Frau mit „Einwanderungsgeschichte“ sprechen. Als Jugendliche wuchs Liane Berkowitz in einem regimiekritischen Freundeskreis auf. Hier wurde offen über die Verhältnisse im sogenannten „Dritten Reich“ diskutiert. Aus dem Entsetzen über die Verbrechen des Regimes entstand im Sommer 1942 der Impuls zum Handeln: In der Nacht vom 17. auf den 18. Mai 1942 verteilten Liane Berkowitz und ihre Mitstreiter in Berlin-Charlottenburg Klebezettel. Auf denen stand: *„Das Nazi-Paradies - Krieg - Hunger - Lüge - Gestapo - Wie lange noch?“*

Es waren wenige Worte auf einigen Zetteln - und doch war es ein Akt des Widerstandes, der das NS-Regime radikal infrage stellte. Liane Berkowitz, ihr Verlobter und viele ihrer Freunde zahlten für diesen Mut einen ganz furchtbaren Preis. Sie wurden als Teil der vermeintlich kommunistischen, so genannten „Roten Kapelle“ festgenommen und im Januar 1943 zum Tode verurteilt. Liane Berkowitz war bei ihrer Verhaftung im dritten Monat schwanger. Sogar das Reichs-Kriegsgericht unterstützte ihr Gnadengesuch. Es wurde dennoch abgelehnt - und zwar mit Unterschrift von Adolf Hitler persönlich. Liane Berkowitz schrieb aus der Haft an ihre Mutter: *„... wenn man bedenkt, wie jung wir sind, so kann man nicht an den Tod glauben.“* Und doch wurde sie am 5. August 1943 hier in Plötzensee

umgebracht, zusammen mit zwölf weiteren Frauen der „Roten Kapelle“. Sie wurde 19 Jahre alt. Der Mut und das Schicksal von Liane Berkowitz dürfen nicht vergessen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch heute, 77 Jahre nach dem 20. Juli 1944, stellen wir fest: Das Bild vom deutschen Widerstand ist nicht statisch. Es bleibt eine „umkämpfte Geschichte“, eine gesellschaftliche Herausforderung und auch eine politische Aufgabe. Anders als in den Fünfziger und Sechziger Jahren, also den Zeiten Fritz Bauers, geht es heute nicht so sehr darum, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegen Diffamierung oder Stigmatisierung zu verteidigen. Es geht vielmehr darum, ihn vor falscher Vereinnahmung und Instrumentalisierung zu schützen. Denn der Missbrauch des deutschen Widerstandes gehört längst zum geschmack- und auch geschichtslosen Narrativ eines ganz bestimmten politischen Milieus in Deutschland. Eines Milieus, das gleichzeitig die Nähe zu den geistigen Erben des Nationalsozialismus nicht scheut.

Zu dieser infamen Ironie gehört es, eine Widerstandskämpferin wie Sophie Scholl auf Demonstrationen politisch zu vereinnahmen und gleichzeitig gemeinsam mit notorischen Neo-Nazis zu marschieren.

- Dazu gehört es, den vom Grundgesetz geschützten *Widerspruch* in unserer Demokratie mit dem lebensgefährlichen *Widerstand* gegen die NS-Diktatur gleichzusetzen.
- Dazu gehört es, den Protest gegen Hygienemaßnahmen in der Corona-Pandemie mit dem Kampf gegen Krieg und Völkermord zu vergleichen.
- Dazu gehört es, eine abstoßende Analogie herzustellen zwischen unserer freien Demokratie und einem mörderischen System, das für die größten Menschheitsverbrechen der Geschichte verantwortlich zeichnet.

Es ist diese De-Legitimierung unseres demokratischen Rechtsstaates, um die es diesen Leuten tatsächlich geht. Wir dürfen niemals hinnehmen, dass die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes als Kronzeugen für Geschichtsrevisionismus und Menschenfeindlichkeit instrumentalisiert werden!

Meine Damen und Herren, es ist deshalb unsere Pflicht, diesem Missbrauch des Gedenkens mit Entschlossenheit entgegenzutreten. Wir dürfen uns jedoch nicht darauf beschränken, das Gedenken lediglich defensiv zu verteidigen. Es geht vielmehr darum, dieses Gedenken immer wieder aktiv und neu sich zu erschließen. Damit die Erinnerung an die Wenigen ein Gedenken der Vielen bleibt. Deswegen ist das universelle Erbe dieser mutigen Menschen so wichtig.

Die Frauen und Männer des Widerstandes sollten dabei keineswegs überhöht werden. Sie alle wurden nicht als Helden geboren, sondern waren Menschen in ihrer Zeit. Sie sahen die politischen, die weltanschaulichen und auch die religiösen Motive ihrer Mitstreiter teilweise mit größter Skepsis, manchmal sogar mit offener Ablehnung. Aber sie hatten damals eben *nicht* darauf plädiert, diese Prinzipien als Unvereinbarkeit zu begreifen - wie es leider heute oft und viel zu schnell geschieht. Stattdessen hatten sie die Kraft, sich auf das Gemeinsame zu besinnen, und sie haben dabei Größe bewiesen.

- Die Größe, nicht jeden Gegner - zumal in unserer Demokratie - zum Feind und nicht jede Differenz zum unvereinbarlichen Gegensatz zu erklären.
- Die Größe, mühsam Gemeinsamkeiten und auch Kompromisse zu erarbeiten, anstatt reflexhaft zu polarisieren.
- Die Größe, die eigenen Selbst-Gewissheiten zugunsten eines höheren Ziels zurückzustellen.

Gerade diese Größe macht die Frauen und Männer des 20. Juli gerade heute zu Vorbildern. Umso wichtiger ist es, dass wir uns heute daran erinnern, was sie tatsächlich verbunden hat – über die sozialen Unterschiede, über Altersgrenzen und über politische Überzeugungen hinweg. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus - das war die unbedingte Entschlossenheit, für Menschlichkeit und

Recht einzutreten. Das war die individuelle Courage, dort zu handeln, wo schon Kritik, wo Widerspruch und Opposition ins Gefängnis, ins Konzentrationslager oder in den Tod führen konnten. Das war der Griff zur „Notwehr“, die Fritz Bauer in seinem Plädoyer legitimierte.

Meine Damen und Herren, auf den Tag genau liegt der 20. Juli 1944 heute 77 Jahre zurück. Das ist die Spanne eines Menschenlebens. Und je größer die zeitliche Distanz wird, desto größer wird die Verantwortung unserer Gesellschaft. Unsere Verantwortung dafür, diese Vergangenheit nicht zu vergessen. Weder die Verbrechen des Nationalsozialismus, noch den Widerstand dagegen. Wir dürfen niemals vergessen, wozu Menschen fähig sind – in jeder Hinsicht, im Guten wie im Bösen. Aber Erinnern bedeutet Arbeit. Fritz Bauer wusste das. Bauer, der streitbare Republikaner, der leidenschaftliche Demokrat, der nach 1933 wegen seiner politischen Überzeugungen und seiner Herkunft seines Amtes, seiner Rechte und seiner Heimat beraubt wurde. Der von den Nazis schikaniert, verfolgt und ins Konzentrationslager gesperrt wurde. Der sich schließlich nach Skandinavien ins Exil retten konnte. Und der nicht nur das Verdienst hat, die Ehre der Männer und Frauen des 20. Juli in Braunschweig zu verteidigen, sondern der später die Hinweise gegeben hat, die zur Ergreifung von Adolf Eichmann geführt haben. Und der in den Sechziger Jahren als Generalstaatsanwalt dann in Frankfurt die Auschwitz-Prozesse geführt hat.

Fritz Bauer war klar, dass es nicht reicht, das Gedenken an den Widerstand nur einmal zu verankern. Sondern dass es notwendig ist, dieses Gedenken immer wieder lebendig zu halten. Und das gilt ja auch für unsere Demokratie!

- Es geht nicht darum, den Besitzstand zu bewahren.
- Es geht nicht darum, sich lediglich in die Komfortzone von Überzeugten zurückzuziehen!
- Es geht vielmehr darum, auch die Gleichgültigen, die Distanzierten und die Skeptischen zu erreichen!

Und diese Aufgabe wird anspruchsvoller werden: Denn mit dem Abschied von den Zeitzeugen ändert sich auch das Gedächtnis und das Gedenken. Schon meine Generation wurde geboren, als der 20. Juli 1944 schon einige Jahrzehnte zurücklag. Dennoch sind immer meine Altersgenossinnen und -genossen und auch ich tief geprägt von persönlichen Erinnerungen unserer Eltern und unserer Großeltern: Der Krieg und seine Folgen, Fronterlebnisse, Bombennächte, der Treck nach Westen – all das sind für uns und für meine Generation noch Überlieferungen aus erster Hand gewesen. Wir sind aufgewachsen mit den Zeitzeugen-Berichten über die Auschwitz-Prozesse, mit der Serie „Holocaust“ im Fernsehen und mit der Auseinandersetzung der „68er“-Generation mit ihren eigenen Eltern. Für unsere Generation hat diese Erinnerung also noch einen konkreten persönlichen Bezug. Sie hat Gesichter und Stimmen, die uns vertraut und nahe waren. Für meine Kinder, die heute im Grundschulalter sind, wird das nicht mehr so sein. Sie und ihre Generation werden andere, werden neue Wege finden müssen – zu unserer Vergangenheit und zu den Konsequenzen aus unserer Geschichte. Dies gilt umso mehr für unsere Einwanderungs-Gesellschaft, in der viele Familien erst nach der NS-Zeit nach Deutschland kamen. Auch sie gehören zu unserem Land mit seiner, mit unserer Geschichte. Und gleichzeitig haben gerade viele dieser Einwanderer-Familien selbst den Schrecken von Diktatur und Gewaltherrschaft erlebt. Viele von ihnen wissen, was Flucht und Verfolgung bedeutet. Und viele wissen auch, was es bedeutet, Widerstand zu leisten. Wir sollten diese Erfahrungen als Chance begreifen, um die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Widerstand des 20. Juli 1944 lebendig zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Erbe des deutschen Widerstandes ist das Erbe von Mut und Menschlichkeit. Es gibt keinen Grund, dieses Erbe heute antiquarisch zu behandeln. Stattdessen sollten wir es offen halten für neue Zugänge. Mut und Menschlichkeit, das waren die Ideale von Menschen wie Liane Berkowitz und den Frauen und Männern des Widerstandes. Genau das macht sie heute zu Vorbildern, eben auch für kommende Generationen. Fritz Bauer hat es wie folgt ausgedrückt und es hat nichts an Aktualität verloren: *„Wir können aus der Erde keinen Himmel machen. Aber jeder von uns kann etwas dafür tun, dass sie nicht zur Hölle wird.“* Ich bin überzeugt, das und genau das, meine Damen und Herren, ist und bleibt unser Auftrag.